

Mitgliederzeitschrift für die Bediensteten des Justizvollzugs

Der VOLLZUGSDIENST

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands



dbb
beamtenbund
und tarifunion



1 | 2026

73. Jahrgang

dbb.de
25/26

7%

300
Euro
mind.

dbb.de
25/26

Einkommensrunde
Länder



Einkommensrunde 2026

Unsere Forderungen:

Berechtigt, nicht astronomisch



dbb - beamtenbund und tarifunion

Einkommensrunde der TdL - 2026

Neues Jahr – alte Herausforderungen

Von René Müller, Bundesvorsitzender des BSBD

Der BSBD wünscht allen Mitgliedern ein gesundes, erfolgreiches und vor allem sicheres neues Jahr. Möge das neue Jahr persönlich Stabilität und Zuversicht bringen – beruflich stehen wir jedoch weiterhin vor großen und bekannten Herausforderungen.

Auch im neuen Jahr werden die Anforderungen an das Personal im öffentlichen Dienst, insbesondere im Justizvollzug, nicht geringer werden. Die Behebung des Personalnotstands bleibt daher weiterhin das Thema Nummer eins. Daran hat sich trotz politischer Ankündigungen und der Bemühungen der Justizministerien bislang wenig geändert.

Ja, es gab im Jahr 2025 viele Verbesserungen in den einzelnen Bundesländern. Diese sind einerseits dem unermüdlichen Einsatz der BSBD-Landesverbände und andererseits der teilweise guten Zusammenarbeit mit den Justizministerien zu verdanken. Dies ermöglichte es uns zumindest in einigen Bundesländern, den Status quo zu erhalten. Zu einem nachhaltigen Gesamtkonzept zur Lösung der Personalnot hat dies jedoch nicht geführt. In Gesprächen mit der Politik wurde zudem immer wieder deutlich, dass man auf einen Personalzuwachs durch die schwächelnde Wirtschaft setzt.

Der angekündigte „Doppelwumms“ des ehemaligen Bundeskanzlers Scholz sowie der ausgerufene „Herbst der Reformen“ des neuen Bundeskanzlers Merz haben nicht zu der erhofften Entlastung geführt. Im Gegenteil: Die Arbeitslosenzahlen sind gestiegen, und die wirtschaftliche Lage in Deutschland schwächelt weiterhin spürbar. Historisch betrachtet waren wirtschaftlich schwierige Zeiten stets auch Phasen, in denen der öffentliche Dienst von einem erhöhten Bewerberzulauf profitierte. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer suchten in unsicheren Zeiten einen verlässlichen und sicheren Arbeitsplatz – und fanden ihn im öffentlichen Dienst. Eigentlich.

Die Realität sieht heute jedoch anders aus. Gerade im Justizvollzug hat sich das Defizit an Arbeitskräften weiter verschärft – und das trotz bundesweit gestiegener Gefangenenzahlen. Die Belastung für die vorhandenen Kolleginnen und Kollegen nimmt



René Müller, BSBD-Bundesvorsitzender

weiter zu, während nachhaltige Lösungen ausbleiben.

Anstatt dass sich die Justizministerien der Länder gemeinsam mit dem Bundesministerium der Justiz vernetzen und eine bundesweit abgestimmte, nachhaltige Personaloffensive für den Justizvollzug auf den Weg bringen, doktert jedes Bundesland weiterhin an Symptomen herum. Die eigentlichen Ursachen des Personalnotstands werden nicht konsequent angegangen.

Nach Ansicht des BSBD-Bundesverbandes fahren Politik und Verwaltung weiterhin lediglich „auf Sicht“. Die gravierenden Unterschiede zwischen den Bundesländern – etwa bei Strukturen, Ausbildungszeiten, Besoldung, der Höhe von Zulagen sowie deren Ruhegehaltsfähigkeit – zeigen deutlich, dass es keine gemeinsame Strategie zur Personalgewinnung und zum Halten des vorhandenen Personals gibt. Während sich das Bundesministerium weitgehend heraushält, arbeiten die Länder unter viel zu engen Haushaltsvorgaben.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt (Redaktionschluss Vollzugsdienst 1/26) befindet sich

der Vollzugsdienst zudem mitten in laufenden Tarifverhandlungen. Die Arbeitgeber haben die Forderungen der Gewerkschaften bislang als zu hoch und überzogen zurückgewiesen. Tarifeauseinandersetzungen im öffentlichen Dienst werden mittlerweile zunehmend mit harten Bandagen geführt. Die Arbeitgeberseite agiert dabei bis hin zur vollständigen Verweigerung von Tarifierhöhungen, lehnt die zeit- und inhalts-gleiche Übernahme der Tarifiergebnisse auf Beamtinnen und Beamte ab und stellt zunehmend sogar das Beamtentum insgesamt infrage. Dem setzen die Gewerkschaften Arbeitskampfmaßnahmen entgegen – von Großdemonstrationen über gewerkschaftliche Einzelaktionen, etwa der Justizgewerkschaften, bis hin zu Streiks.

Dabei wäre es gerade für die öffentlichen Haushalte langfristig weniger belastend, berechnete Forderungen anzuerkennen und gemeinsam tragfähige Lösungen für deren Umsetzung zu entwickeln. Eine Werbung für den öffentlichen Dienst stellt die derzeitige Verweigerungshaltung der Arbeitgeberseite jedenfalls nicht dar. Im Gegenteil: Sie treibt weitere potenzielle Bewerberinnen und Bewerber in die freie Wirtschaft, die in Lohnverhandlungen deutlich agiler und individueller agieren kann. Diese Entwicklung kann sich der öffentliche Dienst – insbesondere der Justizvollzug – angesichts des dramatischen Personal-mangels nicht leisten.

Parallel dazu werden zu Recht intensive Debatten über die Verringerung von Gewalt gegen Vollzugs- und Rettungskräfte geführt. Diese Diskussionen sind notwendig und wichtig. Klar ist jedoch auch: Allein Gesetzesverschärfungen haben bereits in der Vergangenheit nur begrenzte Wirkung gezeigt. Die Beschäftigten im Justizvollzug vermissen in der öffentlichen Wahrnehmung zudem häufig die konkrete Benennung der Übergriffe in den Justizvollzugsanstalten. Diese müssen zwingend in die gesamtgesellschaftliche Debatte einbezogen werden.

In diesem Zusammenhang wird dem BSBD gelegentlich vorgeworfen, er plädiere für eine „Aufrüstung“ des Justizvollzugs, die der Aufgabe der Resozialisierung widerspreche. Dazu stellt der BSBD klar fest:

Alle Mittel, die geeignet sind, unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu schützen, Übergriffe zu vermeiden und Einsatzkräfte im Ernstfall vor Verletzungen zu bewahren, müssen in Erwägung gezogen werden, wenn es um den bestmöglichen Schutz geht.

In diesem Kontext wird der BSBD auch den Einsatz der bei den Polizeibehörden eingeführten Distanzelektroimpulsgeräte (DEIG – „Taser“) aufmerksam beobachten und gegebenenfalls eine Einführung im Justizvollzug in Betracht ziehen. Im Rahmen der Arbeitsgruppe „Innere Sicherheit“ beim dbb Bund, in der der BSBD vertreten ist, wurden hierzu bereits Erfahrungen mit der Bundespolizei ausgetauscht. Dort werden DEIG in vielen Bereichen erfolgreich zur Deeskalation und zur Abwehr konkreter Gefahren eingesetzt.

Fakt ist: Der Schutz unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darf nicht unter dem Vorbehalt knapper Haushaltsmittel diskutiert werden. Von vornherein dürfen keine geeigneten Hilfsmittel tabuisiert werden. Sicherheit, Gesundheit und Unversehrtheit

des Personals müssen immer oberste Priorität haben.

Dies sind nur einige der Themen, die uns im Jahr 2026 beschäftigen werden: weiterhin der bereits in der letzten Ausgabe angeführte Angriff politischer Akteure aller Parteien auf das Berufsbeamtentum, die Gesamtbetrachtung der Lage in den Sicherheitsbehörden, der Einsatz von Drohnen, die Unterbringung von Abschiebehaftgefangenen und psychisch kranken Personen in Einrichtungen des Justizvollzuges, die Weiterentwicklung der Laufbahnen im Justizvollzug, die Absicherung der Tarifbeschäftigten in den Justizvollzugsanstalten und vieles mehr.

Der BSBD verfügt in allen Bundesländern über starke Landesverbände, die nicht nur hervorragende Arbeit für unsere Mitglieder leisten, sondern auch im Gesamtverband des BSBD durch Expertise und bundesweiten Zusammenhalt überzeugen. Wir können sowohl in der Gewerkschaftsarbeit als auch in der Personalratsarbeit überzeugen, denn berufsspezifisch ist der BSBD die einzige Fachgewerkschaft und berufspoliti-

sche Interessenvertretung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Justizvollzug.

Insofern appelliere ich an unsere Mitglieder: Unterstützt weiterhin eure Gewerkschaft, den BSBD, mit euren Erfahrungen und Hinweisen und beteiligt euch aktiv an der Gewerkschaftsarbeit – denn nur gemeinsam können wir Verbesserungen erreichen. An die Nichtmitglieder der Hinweis: Es ist noch nicht zu spät. Werdet Teil einer starken Gemeinschaft. Wenn nicht wir, wer dann?

Der BSBD wird auch im neuen Jahr nicht müde werden, diese Missstände klar zu benennen und sich mit Nachdruck für bessere Arbeitsbedingungen, mehr Personal und einen wirksamen Schutz der Beschäftigten einzusetzen – im Interesse der Kolleginnen und Kollegen, der Sicherheit und eines handlungsfähigen Rechtsstaates.

Auf ein erfolgreiches Jahr 2026!

René Müller
Bundesvorsitzender



Foto: BSBD

Gemeinsam auf der Straße

Beginn der Tarifverhandlungen (TV-L) in Berlin

Im Rahmen der aktuellen Tarifaufeinandersetzung haben wir als Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD) gemeinsam mit vielen anderen dbb-Gewerkschaften ein deutliches Zeichen gesetzt. Zahlreiche Kolleginnen und Kollegen aus dem Justizvollzug haben sich an der Demonstration vor dem Auftakt der Verhandlungen in Berlin beteiligt und damit unmissverständlich klargestellt: So kann und darf es nicht weitergehen. Um diesem Anliegen Nachdruck zu verleihen, kam es bereits zu zahlreichen Kundgebungen und Aktionen der dbb Gewerkschaften unter Beteiligung der BSBD Landesverbände.



Fotos (3): BSBD

Der Auftakt der Tarifrunde für den TV-L war enttäuschend. Die Arbeitgeberseite trat ohne Angebot auf und blendete die Realität im öffentlichen Dienst – und ganz besonders im Justizvollzug – weitgehend aus. Genau dagegen richtete sich unser Protest. Wir haben laut und sichtbar eingefordert, dass Verantwortung nicht nur eingefordert, sondern auch übernommen werden muss. Unsere Kolleginnen und Kollegen arbeiten tagtäglich unter extremen Bedingungen: Überbelegte Anstalten, chronischer Personalmangel, steigende Gewalt- und Konfliktslagen sowie eine enorme physische und psychische Belastung prägen den Alltag. Gleichzeitig gelingt es immer weniger, Nachwuchs für diesen anspruchsvollen Beruf zu gewinnen. Einer der Hauptgründe ist offensichtlich: Die Bezahlung hält mit der Verantwortung und den Belastungen nicht Schritt. Wer Sicherheit für die Gesellschaft

Kollege Patzer in Berlin

gewährleistet, verdient mehr als Durchhalteparolen.

Mit unserer Beteiligung an der Demonstration haben wir klar unterstützt, was die dbb-Tarifgemeinschaft fordert: 7 Prozent mehr Einkommen – mindestens jedoch 300 Euro – sind gerecht, maßvoll und längst überfällig. In Zeiten steigender Preise und wachsender Arbeitsverdichtung geht es um den Erhalt der Kaufkraft, um Anerkennung und um die Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Dienstes. Nullrunden oder Alibi-Angebote wären ein fatales Signal – gerade an Bereiche wie den Justizvollzug, die ohnehin am Anschlag arbeiten.

Als Bundesvorsitzender des BSBD danke ich allen Kolleginnen und Kollegen ausdrücklich für ihre Teilnahme, ihre Solidari-

tät und ihren Einsatz. Eure Präsenz auf der Straße zeigt: Der Justizvollzug ist bereit, für seine Interessen einzustehen. Ihr habt deutlich gemacht, dass wir uns nicht mit leeren Versprechungen abspesen lassen und dass wir geschlossen hinter den berechtigten Forderungen stehen.

Wir werden den weiteren Verlauf der Tarifverhandlungen aufmerksam und kritisch begleiten. Sollte es notwendig werden, werden wir den Druck weiter erhöhen. Denn eines ist sicher: Ein leistungsfähiger Justizvollzug braucht faire Bezahlung, echte Wertschätzung und verlässliche Perspektiven. Dafür stehen wir – gemeinsam, entschlossen und solidarisch.

René Müller



Hand in Hand: Verhandlungsführer TD-L Herr Dr. Dressel und Sönke Patzer, stellvertretender BSBD-Bundesvorsitzender (linkes Bild). Rechts: Kolleginnen und Kollegen aus Hamburg und Berlin

Sönke Patzer
Stv. Bundesvorsitzende
Bundestarifkommission



Gemeinsam für unsere Zukunft: Volle Kraft voraus für die 2. Verhandlungsrunde!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nach dem ernüchternden Auftakt der Tarifgespräche in Berlin blicken wir nun mit geschärftem Fokus auf die zweite Verhandlungsrunde, die vom 15. bis 17. Januar 2026 in Potsdam stattfindet.

Die erste Runde hat eines deutlich gemacht: Die Arbeitgeberseite (TdL) zeigt bisher kaum Willen zu echten Zugeständnissen. Während wir täglich mit steigenden Preisen, der anhaltenden Inflation und massiven Kosten für Gas und Strom konfrontiert sind, scheint die Wertschätzung für unsere Arbeit am Verhandlungstisch noch nicht angekommen zu sein. Der Verlust an Kaufkraft ist für uns alle spürbar – und wir sind nicht bereit, dies einfach hinzunehmen!

Ein starkes Signal durch Einheit

Die bundesweiten Aktionen im Verbund mit dem dbb haben den Verantwortlichen bereits gezeigt, dass wir es ernst meinen. Doch jetzt kommt es darauf an, diesen Druck aufrechtzuerhalten. Wir müssen zeigen, dass wir alle an einem Strang ziehen.

„Nur wenn wir geschlossen auftreten, wird die TdL verstehen, dass gute Arbeit auch gute Bedingungen und faire Löhne erfordert. Wir fordern einen richtungsweisenden Weg in Potsdam!“

Was jetzt zählt:

Solidarität: Unsere Stärke liegt in der Gemeinschaft. Jede Stimme und jede Beteiligung zählt.

Entschlossenheit: Wir lassen uns nicht mit leeren Worten abspeisen. Wir brauchen echte Ergebnisse.

Sichtbarkeit: Zeigt eure Unterstützung vor Ort und in den Dienststellen.

Wir gehen für euch in Potsdam in die Verhandlungen – mit eurer geschlossenen Unterstützung im Rücken. Gemeinsam kämpfen wir für einen Tarifabschluss, der der aktuellen wirtschaftlichen Realität gerecht wird und unsere Arbeit im Justizvollzug würdigt.

Bleiben wir standhaft. Gemeinsam sind wir stark!

Mit kollegialen Grüßen

Sönke Patzer
Stv. Bundesvorsitzender BSBD
Verhandlungskommission dbb

Demokratiemesinar in Chemnitz

Im Rahmen eines Bundesseminars des BSBD unter dem Motto „Die blauen Länder auf der Landkarte der Bundestagswahl! Protest oder das Ende der Demokratie?“ kamen insgesamt 18 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Chemnitz zusammen. Ziel des Treffens war es, aktuelle und kontroverse Fragestellungen rund um das Thema Demokratie zu diskutieren. Die Teilnehmenden waren in einem zentral gelegenen Hotel direkt in Chemnitz untergebracht, was ihnen die Möglichkeit bot, sowohl das Seminar intensiv zu verfolgen als auch die Stadt Chemnitz näher kennenzulernen.

Das Seminar wurde von Bundesseminarleiter Winfried Conrad organisiert, der erneut ein informatives und abwechslungsreiches Programm zusammengestellt hatte. Den fachlichen Auftakt bildete am ersten Tag Henry Malonn (Bild), Landesvorsitzender aus Schleswig-Holstein, der als neuer Referent im BSBD den ersten Vortrag hielt. Sein Thema lautete: „Was wäre, wenn die AfD regieren würde? Auswirkungen auf den Justizvollzug?“ Malonn präsentierte die Ergebnisse einer umfassenden Analyse der Wahlprogramme der Alternative für Deutschland (AfD) aus den letzten Landtags- und Bundestagswahlen. Dabei verdeutlichte er die Zielrichtung der Partei anhand ihrer Aussagen und betonte, dass innerhalb der AfD eine gestörte und teilweise gefährliche Einstellung zur Demokratie zu erkennen sei.

Im Anschluss entwickelte sich eine intensive Diskussion. Gemeinsam wurden alle relevanten Aspekte der Problematik aufgearbeitet und ausführlich erörtert. Dabei kamen unterschiedliche Sichtweisen zur Sprache und es fand ein lebhafter Austausch



statt, der das Thema aus verschiedenen Perspektiven beleuchtete.

Am folgenden Tag stand der Besuch der Justizvollzugsanstalt Chemnitz (JVA Chemnitz), einer der größten Frauenanstalten in Deutschland, auf dem Programm. Die Planungsvorbereitungen erfolgten von Silke Völker-Eckert von der Gewerkschaft BSBD, die schon bei früheren Besuchen wichtige Arbeit geleistet hatte. Nach einer kurzen Einführung und Erläuterung erkundete die Seminargruppe die Einrichtung. Kollegin Völker-Eckert wurde dabei von Anett Kunz sowie weiteren Mitgliedern der Fachdienste unterstützt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer verließen gegen Mittag die JVA

Chemnitz mit zahlreichen neuen und interessanten Eindrücken sowie wertvollen Erkenntnissen aus dem Vollzugsalltag.

Der verbleibende Tag des Seminars war ganz dem Thema der ehemaligen Staatssicherheit, der sogenannten Stasi, und ihrem Einfluss auf die Gesellschaft der DDR gewidmet. Um einen tieferen Einblick in die Thematik zu ermöglichen, präsentierte der Bundesseminarleiter den Politthriller „Das Leben der Anderen“ aus dem Jahr 2006. Dieses vielfach ausgezeichnete Drama beleuchtet den Apparat der Staatssicherheit und zeigt, wie dieser mit den Menschen insbesondere in der Kulturszene der DDR umging.

BSBD Bundesseminare 2026

2026 B 152	EK Kommunikation	4.3. – 6.3.2026 in Münster
2026 B 153	EK Europapolitik	5.5. – 7.5.2026 in Trier
2026 B154	EK Pflege	14.10 – 16.10.2026 in Berlin
2026 B 155	EK Gewerkschaftspolitik	2.12. – 4.12.2026 in Erfurt

Meldungen richtet bitte an die/ den Fortbildungsbeauftragte/n der einzelnen Landesverbände.



Fotos (2): BSBD

Der Film setzt sich ernsthaft und kritisch mit der Geschichte der DDR auseinander und veranschaulicht, wie Überwachung und Repression das Leben der Menschen prägten. Die Seminarteilnehmenden diskutierten im Anschluss engagiert und lebhaft über die Inhalte des Films. Dabei wurden die dargestellten Handlungsmuster, die Auswirkungen staatlicher Kontrolle und die daraus resultierenden gesellschaftlichen Konsequenzen eingehend reflektiert. Die intensive Auseinandersetzung mit dem Film förderte einen differenzierten Blick auf die Vergangenheit und deren Bedeutung für das heutige Demokratieverständnis.

Um dem Seminar eine nachhaltige Wirkung zu verleihen, besuchte die Gruppe am darauffolgenden Tag den Lern- und Geden-

kort Kaßberg-Gefängnis. Die Geschichte des Gebäudes ist vielschichtig und reicht zurück bis in die Zeit, als es als königlich-sächsisches Gefängnis diente. Während des Nationalsozialismus wurde das Kaßberg-Gefängnis zu einem Terrorort der Nazis. Nach dem Zweiten Weltkrieg nutzten die sowjetischen Sicherheitsorgane NKWD/MGB das Gebäude als Gefängnis, bevor es später als Haftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) und als zentraler Dreh- und Angelpunkt des Haftlingsfreikaufs in der DDR diente.

Der moderne Gedenkort, der seit Herbst 2023 auf allen Etagen zugänglich ist, beeindruckte die Seminarteilnehmerinnen und -teilnehmer nachhaltig. Die intensive Auseinandersetzung mit der wechselvol-

len Geschichte des Kaßberg-Gefängnisses ermöglichte einen tiefgehenden Einblick in verschiedene Phasen der deutschen Geschichte und förderte das Verständnis für die Bedeutung von Erinnerungskultur.

Nach einem äußerst interessanten und abwechslungsreichen Seminar verabschiedete Bundesseminarleiter Winfried Conrad die Teilnehmenden. Die Seminargruppe nutzte die freien Zeiten, um einen der größten und schönsten Weihnachtsmärkte der Region zu besuchen und so das Seminar ausklingen zu lassen.

Winfried Conrad

Foto: stock.adobe.com / 142821755



Bund-/Ländertreffen 2025 in Achim

Gastgeber des Bund-/Ländertreffens Mitte November 2025 war der Landesverband Niedersachsen (VNSB). Tagungsort war das Hotel Gieschens in Achim.

Bundesseminarleiter Winfried Conrad, der schon seit vielen Jahren das Treffen organisiert und durchführt, konnte fast 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 15 Landesverbänden des BSBD begrüßen und auch eine Vielzahl von Kolleginnen und Kollegen aus der Bundesleitung unter Führung des Bundesvorsitzender René Müller.

Nach einer kurzweiligen Begrüßungsrunde – am Abend der Anreise – nutzte der VNSD-Landesvorsitzende Oliver Mageney die Gelegenheit, ein Grußwort an die Anwesenden zu richten, verbunden mit der positiven Nachricht, dass der niedersächsische Landesverband, als diesjähriges Themenland, an dem Abend die Getränke bezuschusst. Mageney berichtete dann über die aktuelle Situation in seinem Landesverband.

Am nächsten Tag konnte Kollege Conrad die Abteilungsleiterin für den Justizvollzug im niedersächsischen Justizministerium begrüßen. Frau Dr. Stephanie Springer begrüßte die Funktionäre aus dem Bund und den Ländern und berichtete sehr ausführlich und interessant über die Situation des Justizvollzuges in ihrem Bundesland.

Bevor Frau Dr. Stephanie Springer mit ihrem Vortrag startete, informierte Bundesvorsitzender René Müller noch über aktuelle Angelegenheiten aus dem Bund.



Foto: BSBD

Insbesondere die anstehenden Tarifverhandlungen standen im Mittelpunkt seiner Ausführungen.

Anschließend berichteten die anwesenden Landesvertreter über Entwicklungen und Erfolge in der Verbandsarbeit.

Am letzten Tag der Zusammenkunft wurden noch im Plenum die Zukunft:

- ▶ der Besoldung
- ▶ der Pensionen und Renten
- ▶ der Beihilfe
- ▶ der Beförderungs- und Beurteilungssysteme

sehr engagiert erörtert.

Winfried Conrad informierte zum Abschluss der Veranstaltung alle Teilnehmer/innen darüber, dass im Jahr 2026 wegen des Bundesgewerkschaftstages kein Bund-/Ländertreffen stattfindet.

Erst 2027 ist eine weitere Zusammenkunft geplant, dann wird das Bundesland Hessen Gastgeberland sein.

Winfried Conrad
Organisator Bund/ Ländertreffen

IMPRESSUM

73. Jahrgang
Der Vollzugsdienst (VollzD)

Zeitschrift des
Bundes der Strafvollzugsbediensteten
Deutschlands (BSBD)

Herausgeber und Verlag

Bund der Strafvollzugsbediensteten
Deutschlands (BSBD)

Schrift- und Verlagsleitung, Anzeigenverwaltung

Martin Kalt
c/o Geschäftsstelle BSBD
Waldstein 50 – 21717 Deinstede

Mobil: 0176 40509127
E-Mail: martin.kalt@bsbd-bund.de

Gerichtsstand und Erfüllungsort:

35576 Wetzlar

Erscheinungsweise

Der Vollzugsdienst (VollzD) erscheint alle zwei Monate (Nr. 4/5 als Doppelnummer) und wird den Mitgliedern des Bundes der Strafvollzugsbediensteten über die Ortsverbände oder Einzelmitgliedern im Postversand zugestellt.

Der Verkaufspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

An Gefangene wird die Zeitschrift nicht abgegeben.

Die mit den Namen oder den Initialen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Schriftleitung dar.

Für die Rubrik „Landesverbände“ sind die jeweiligen Landesvorsitzenden verantwortlich.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden im Falle der Nichtannahme zurückgesandt, wenn Rückporto beigelegt ist.

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Schriftleitung.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt kein Entschädigungsanspruch.

Gesamtherstellung:

Pauli Offsetdruck e. K.
Am Saaleschloßchen 6, 95145 Oberkotzau
www.pauli-offsetdruck.de
E-Mail: oberkotzau@pauli-offsetdruck.de

Heini Schmitt neuer Fachvorstand Beamtenpolitik im dbb Bund

Mit der Wahl von Heini Schmitt zum neuen Fachvorstand Beamtenpolitik hat der Bundeshauptvorstand des dbb beamtenbund und tarifunion am 1. Dezember 2025 in Berlin ein wichtiges Signal gesetzt. Die Bundesleitung des dbb ist damit wieder vollständig und für die vor ihr liegenden Herausforderungen im öffentlichen Dienst gut aufgestellt.

Heini Schmitt tritt die Nachfolge von Waldemar Dombrowski an, der im Mai 2025 nach schwerer Erkrankung verstorben ist.

Seit 2015 ist Heini Schmitt – Mitglied der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) – Landesvorsitzender des dbb Hessen. Mit ihm übernimmt ein ausgewiesener Kenner des Beamtenrechts und der föderalen Strukturen Verantwortung an zentraler Stelle der Beamtenpolitik im dbb. Schmitt bringt darüber hinaus langjährige gewerkschaftliche Erfahrung, Durchsetzungsvermögen und großen Tatendrang mit.

In seiner ersten Stellungnahme machte Schmitt deutlich, worauf es ihm ankommt: Das Berufsbeamtentum sei ein unverzichtbarer Stabilitätsfaktor in Krisenzeiten und biete zugleich einen verlässlichen Schutzwall gegen Extremismus. Zugleich betonte er, wie wichtig es sei, den Markenkern des Berufsbeamtentums zu bewahren und gleichzeitig die Attraktivität des öffentlichen Dienstes weiter zu steigern. Nur so könne es gelingen, dringend benötigte Fachkräfte zu gewinnen und dauerhaft zu binden.

Die kommenden Monate seien entscheidend für die Verteidigung der Grundsätze des Berufsbeamtentums und für die Weichenstellung im öffentlichen Dienst insgesamt.

Auch wir als Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD) gratulie-



Foto: BSBD

ren Heini Schmitt herzlich zu seiner Wahl. Wir freuen uns auf eine vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit im Sinne der Kolleginnen und Kollegen – insbesondere auch der Beschäftigten im Strafvollzug. Gerade in Zeiten zunehmender gesellschaftlicher Spannungen, hoher Arbeitsbelastung und wachsender Erwartungen an den Staat braucht es eine starke, geschlossene Interessenvertretung. Die Wahl von Heini Schmitt ist ein weiterer wichtiger Baustein, um die Anliegen der Beamtinnen

und Beamten mit Nachdruck zu vertreten und den öffentlichen Dienst zukunftsfest aufzustellen.

Für seine neue Aufgabe wünschen wir Heini Schmitt viel Erfolg, eine glückliche Hand und die notwendige Kraft für die anstehenden Auseinandersetzungen. Zugleich versichern wir ihm unser Engagement bei der Erfüllung der Aufgaben und der Erreichung der gemeinsamen Ziele.

René Müller, Bundesvorsitzender

• (Your system has a serious problem and needs to be restarted. We only collect all error information and then tray again to restart the system. Wish us luck ...

BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug

DEINE GEWERKSCHAFT - DEINE ZUKUNFT

Die Angehörigen des deutschen Justizvollzuges halten das System am Laufen...

Schon mal darüber nachgedacht?

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker

Seit 1997

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.
Immobilien-Finanzierung mit Zinsfestschreibung bis zu 20 Jahren oder für die gesamte Laufzeit.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.



Top-Finanz.de • Nulltarif • 0800-33 10 332
Klaus Wendholt • Unabhängige Kapitalvermittlung • Prälat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken

Letztes offizielles Treffen mit BSBD vor der Landtagswahl 2026

BSBD überbrachte gewerkschaftlichen Dank an Ministerin Marion Gentges MdL

Wohl das letzte Treffen vor der Landtagswahl im März 2026 in Baden-Württemberg war durchweg positiv. Trotz anstehender JuMiKo in Leipzig und einem vollen Terminkalender, wollte es sich die Justizministerin des Landes Baden-Württemberg Marion Gentges MdL (CDU) nicht nehmen lassen, den BSBD zu einem vermutlich letzten offiziellen Gespräch einzuladen. Empfangen wurde die Delegation des Landesvorstandes um den Vorsitzenden Michael Schwarz am 05. November in Stuttgart aber auch zusätzlich noch von Herrn Ministerialdirektor Steinbacher und dem Abteilungsleiter Justizvollzug Herrn Finckh.

Da die Landtagswahl im Frühjahr ansteht und somit die Legislaturperiode zu Ende gehen wird, bedankte sich die Ministerin zuerst für die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit. Trotz kleinerer und größerer Meinungsunterschiede zwischen Dienstherrn und Gewerkschaft, war das Miteinander immer lösungsorientiert und freundschaftlich.

Diese Zusammenarbeit hat den Justizvollzug in Baden-Württemberg positiv beeinflusst und Verbesserungen für die Kolleginnen und Kollegen in vielen Bereichen beschert. Frau Ministerin Gentges zählte einige Beispiele, wie etwa den Stellenzuwachs mit insgesamt 400 zusätzliche Neustellen und die erhebliche Verbesserung beim Erreichen der Stellenobergrenze auf. Auch die Umsetzung des „4-Säulenmodells“ mit deutlichen monetären Verbesserungen für die Bediensteten des mittleren Diensts, fällt in den Zeitraum dieser Regierungskoalition. Dabei wurde eigens eine „Sonderregelung“ für die Vollzugsdienstleiter der Anstalten von Seiten des Justizministeriums gefunden, um diese Führungsposition nicht zu benachteiligen.

„Wir können auf beachtliche Leistungen zurückblicken, wenn man bedenkt, dass die Haushaltslage nach der Coronapandemie, der notwendigen Flüchtlingsversorgung und durch die stark gestiegenen Preise, eigentlich keine große Spielräume mehr zulässt“ so der BSBD-Landesvorsitzende Schwarz.

Das Ministerium hat für den Justizvollzug in dieser Zeit- Erstaunliches geleistet. Immer beteiligt und beratend dabei war der BSBD-Landesverband als einziger kompetenter Vertreter der Belegschaft.

Frau Ministerin Gentges schaute aber auch noch in die Zukunft, in der bauliche Verbesserungen geplant, bereits umgesetzt oder auch schon kurz vor der Fertigstellung stehen. Zu erwähnen ist dabei das Großprojekt „Neubau JVA Rottweil“. Weitere Großprojekte sind das Justizvollzugskrankenhaus oder die Sanierung der Heilbronner Justizvollzugsanstalt. Aber auch eine Vielzahl an weiteren Sanierungen, Umbauten, Erweiterungen und Neubauten in vielen Anstalten

oder auch in Ausbildungsstätten des Bildungszentrums für unsere neuen Kolleginnen und Kollegen finden bereits statt.

Der Fortschritt und Ausbau der Digitalisierung im Justizvollzug war ein weiterer Punkt in dem Gespräch. Hier ist Baden-Württemberg auf einem guten Weg.

Wir wünschen uns auch mit der neuen Landesregierung, dass der Zug „Justizvollzug“ weiterfährt und das Ministerium den BSBD weiterhin beim Lenken in die richtige Richtung mit ans Steuer setzt!

Bericht: Lars Rinklin



Foto: BSBD BW

v.l. Steinbacher, Schwarz, Gentges, Rinklin, Schelenz, Finckh

Personalrätetagung des BSBD in Hößlinsülz 2025

Der Höhepunkt des Personalratsjahres für BSBD-Mitglieder in den Personalräten

Die Personalräteschulung des BSBD fand am 24.11. und 25.11.2025 in Hößlinsülz, nahe Heilbronn in der male-
rischen Region der Schwäbischen Tos-
kana, statt.

Der Landesvorsitzende Michael Schwarz begrüßte die Teilnehmerinnen und Teil-
nehmer herzlich und gab noch einige
Hinweise zum organisatorischen Ablauf.
Im Anschluss erfolgte eine kurze Vorstel-
lung der Teilnehmenden, um ein persön-
liches Kennenlernen zu ermöglichen.

Anschließend wurden die vorab gestell-
ten Fragen an das Personalreferat der
Abteilung IV des Justizministeriums vor-
bereitet. Diese Fragen sollten im Laufe
der Schulung besprochen werden, um
den Anwesenden umfassende Informa-
tionen über die aktuelle Personalsitu-
ation und andere relevante Themen zu
bieten.

Gespräch mit dem Personalre- ferenten der Abteilung IV des Justizministeriums, Herrn Lei- tendem Ministerialrat Harald Egerer

Herr Leitender Ministerialrat Egerer fol-
gte der Einladung des BSBD nach Hößlin-
sülz und nahm sich Zeit für die Personal-
rätinnen und -räte. Er hielt einen Vortrag
über die aktuelle Personalsituation im
Justizvollzugsdienst. Er betonte, das
wenn alle offenen Personalstellen be-
setzt wären, Baden-Württemberg im
guten Mittelfeld im Vergleich mit den
anderen Bundesländern läge. Dies un-
terstrich die Bedeutung einer vollstän-
digen Besetzung aller Stellen, um eine ef-
fiziente und angemessene Justizvollzug
zu gewährleisten.

Ein weiteres wichtiges Thema waren der
Krankenstand und die Langzeiterkran-
kungen unter den Beschäftigten. Hier
wurde deutlich, dass es einen engen
Zusammenhang zwischen der Arbeits-
belastung, der Stellenauslastung und
der Gesundheit der Mitarbeiter gibt. Die
Notwendigkeit, Überstunden zu redu-
zieren und eine gesunde Work-Life-Bal-
ance zu fördern, wurde hervorgehoben.
Beim Thema Überstunden wurde deut-



Landesvorsitzender Michael Schwarz

lich, dass es noch viel zu tun gibt, um die
Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten
zu verbessern und die Überstunden nach-
haltig zu reduzieren. Herr Egerer informier-
te auch über den aktuellen Stand des Baus
der Justizvollzugsanstalt Rottweil. Dieses
Projekt ist für die zukünftige Infrastruktur
des Strafvollzugs in Baden-Württemberg
von großer Bedeutung und bietet neue Per-
spektiven für die Beschäftigten.

Der Austausch mit Herrn Egerer brachte
viele interessante Erkenntnisse wurde als
sehr positiv wahrgenommen. An dieser
Stelle nochmals vielen Dank!

Berichte aus den Anstalten und Info der ARGE Justiz

Am zweiten Tag der Schulung berichtete
der Landesvorsitzende zuerst über aktuel-
le Themen aus der Arbeit des Landesvor-
stands, bspw. zum Sachstand bezüglich der
Wochenarbeitszeit, Lebensarbeitszeit, titu-
lierten Schmerzensgeldansprüchen uvm.
Anschließend folgten Berichte aus den An-
stalten, die einen tiefen Einblick in die prak-
tische Arbeit und die Herausforderungen,
mit denen die Justizvollzugsbediensteten
konfrontiert sind, gaben. Diese Berichte
ermöglichten es den Teilnehmenden, die
Theorie mit der Praxis zu verbinden und ein
umfassenderes Verständnis für die Bedürf-
nisse und Probleme im Justizvollzugsdienst
zu entwickeln.

Aus der ARGE Dienstkleidung gab es eine
kurze Information zu Neuerungen im Be-



v.l.: LMR Egerer mit Landesvorstand Schwarz

reich persönliche Ausstattung für Bedienstete.
Dieser Teil betonte die Wichtigkeit
einer angemessenen Ausstattung für die
Bediensteten, um ihre Arbeit effektiv und
vor allem sicher ausführen zu können.

Vortrag unseres Kooperations- partners zum Thema Vorsorgevoll- machten und digitales Erbe

Ein Highlight der Tagung war der Vortrag
von Petra Hasebrink vom Kooperations-
partner BBBank zum Thema Vorsorgevoll-
machten und digitales Erbe. Dieser Vortrag
bot den Teilnehmenden wertvolle Informa-
tionen und praktische Tipps zur Planung
und Gestaltung ihrer persönlichen und di-
gitalen Angelegenheiten. Die Bedeutung
von Vorsorgevollmachten, Patientenverfü-
gungen und der Verwaltung des digitalen
Erbes wurde hervorgehoben, um sicherzu-
stellen, dass die persönlichen Wünsche und
Entscheidungen auch im Falle einer Einwil-
ligungsunfähigkeit oder nach dem Tod res-
pektiert werden.



Fazit

Die Personalräteschulung des BSBD in Höblinsülz bot eine umfassende und informative Plattform für die Teilnehmenden, um sich über die aktuelle Personalsituation, Herausforderungen im Justizvollzugsdienst und wichtige persönliche Angelegenheiten der Personalratsarbeit auszutauschen und zu informieren. Der Austausch zwischen

den Teilnehmenden und den Referenten ermöglichte es, konstruktive Lösungen und Strategien für die Zukunft zu entwickeln. Die Veranstaltung unterstrich die Bedeutung von Fortbildung und Vernetzung im Justizvollzugsdienst, um eine professionelle und effiziente Arbeit zu gewährleisten.

Bericht: Kai Kretschmer



v.l. Petra Hasebrink, BBBank, mit Michael Schwarz

Digitalisierung und Struktur bringen den Verband voran

Sitzung der Arbeitsgruppe Gewerkschaftsmanagement des BSBD

Am 27. und 28. Oktober traf sich die Arbeitsgruppe Gewerkschaftsmanagement des BSBD in Höblinsülz zu ihrer diesjährigen Arbeitssitzung. Im Fokus stand die Optimierung der internen Organisation und die digitale Weiterentwicklung des Verbandes.

Ein zentrales Thema war die Überarbeitung und Anpassung der BSBD-Website. Ziel ist es, die Online-Präsenz technisch und inhaltlich auf den neuesten Stand zu bringen. Neben einer klareren Struktur und einer verbesserten Benutzerfreundlichkeit soll die Seite künftig auch aktuelle Informationen, Veranstaltungshinweise und Materialien für die Mitglieder noch übersichtlicher bereitstellen.

Im Rahmen des Themenfeldes „Organisation – Wer macht was“ wurde die Aufgabenverteilung innerhalb des Landesverbandes neu geordnet. Durch die klare Definition von Zuständigkeiten sollen Arbeitsprozesse effizienter gestaltet und Kommunikationswege verbessert werden. Damit schafft der Landesverband eine verlässliche Grundlage für eine strukturierte und nachhaltige Zusammenarbeit. Ein weiterer Schwerpunkt der Sitzung war die Aktualisierung des „Blauen Ordners“, der als wichtiges Nachschlagewerk und Orientierungshilfe für die Ortsverbände dient. Die

Arbeitsgruppe verständigte sich darauf, die bestehenden Inhalte auf Aktualität zu überprüfen und an aktuelle Anforderungen anzupassen.

Mit der flächendeckenden Einführung der Verwaltungssoftware EasyVerein wurde ein wichtiger Schritt zur Digitalisierung abgeschlossen. Diese Software ersetzt die bisherige Mitgliederverwaltung und ermöglicht eine zentrale, DSGVO-konforme Verwaltung aller Mitgliedsdaten in der Cloud.

Über die Software können die Mitglieder nun Termine einsehen, Stammdaten aktualisieren oder interne Mitteilungen erhalten. Diese Projekte sind ein großer Sprung nach vorn. Mit der überarbeiteten Homepage,

dem Blauen Ordner und EasyVerein schafft der BSBD eine Grundlage für eine effiziente, transparente und zukunftssichere Gewerkschaftsarbeit.

Wir freuen uns darauf, die Vorteile dieser Modernisierung in der täglichen Arbeit für Sie als Mitglieder spürbar zu machen.

Ein besonderer Dank gilt den Mitgliedern der Arbeitsgruppe für ihren engagierten Einsatz, die offenen Diskussionen und die zahlreichen Impulse. Mit ihrem Wissen, ihrer Erfahrung und ihrem Teamgeist tragen sie maßgeblich dazu bei, den BSBD zukunftsorientiert und handlungsstark aufzustellen.

Bericht: Kai Kretschmer



Foto: BSBD BW

Wichtige politische Aussagen prägen den Tag

Landeshauptvorstand des BBW tagt in Leinfelden

Mit deutlichen Worten und großer Geschlossenheit forderte der BBW – Beamtenbund Tarifunion bei seiner Landeshauptvorstandssitzung am 20. November in der Filderhalle klare und verbindliche Zusagen der Landtagsfraktionen für die kommende Legislatur ab Mai 2026. Vor über 100 Delegierten stellten sich die Fraktionsvorsitzenden Andreas Schwarz (Grüne), Manuel Hagel (CDU), Andreas Stoch (SPD) und Dr. Hans-Ulrich Rülke (FDP) einer intensiven Debatte im Rahmen einer Podiumsdiskussion.

Zentrales Thema war das seit Jahren eingeforderte Lebensarbeitszeitkonto. BBW-Landesvorsitzender Kai Rosenberger erinnerte scharf daran, dass die Regierung ihre Zusage aus dem Jahr 2022 nicht eingelöst habe: „Passiert ist bis heute nichts.“ CDU und SPD unterstützten erneut ein Modell nach hessischem Vorbild, die Grünen sagten ein „Ja“ – allerdings ohne Arbeitszeitverkürzung. Für den BBW ist klar: Grundlage bleibt die Ansammlung der 41. Wochenstunde, ohne zusätzliche Mehrarbeit. Die Grünen halten Stand jetzt an der Wochenarbeitszeit mit einer 41. Wochenstunde, angesichts der aktuellen Lage in der Wirtschaft, fest. Der BSBD berichtete zu den Inhalten bereits in der wöchentlichen Sammelpost umfangreich. Wichtig ist es zu betonen, dass die grundlegende Kernforderung des BBW ist, die Wochenarbeitszeit der Beamtenschaft grundsätzlich auf das Niveau der tariflich Beschäftigten abzusenken.

Heftige Diskussionen gab es auch zur Amtsangemessenen Alimentation nach dem jüngsten Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Alle Fraktionen betonten die Bedeutung verfassungskonformer Besoldung und Alimentation. Kritik gab es parteiübergreifend an bisherigen Berechnungsmodellen und daran, dass Beamtinnen und Beamte wiederholt klagen müssen, um ihr Recht durchzusetzen. Aus Sicht des BBW muss auch zukünftig wieder sichergestellt sein, dass Alle – ohne eine Klage gegen den eigenen Dienstherrn führen zu müssen von möglichen Korrekturen bei der Besoldung und Versorgung, auch in Form von späteren Nachzahlungen wie bei sogenannten 4-Säulen-Modell Ende 2022 erfolgt, profitieren.

Ein weiterer Knackpunkt: Die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des nächsten



v.l. Rosenberger (BBW), Schwarz (Grüne), Stoch (SPD), Hagel (CDU), Dr. Rülke (FDP), Lautensack (BBW)

Tarifergebnisses TV-L auf den Beamtenbereich und die Versorgungsempfänger – mitten im Wahlkampf und angesichts des bayerischen Signals zur Verzögerung von bis zu 6 Monaten. Alle vier Fraktionschefs sagten hier eine zügige Umsetzung zu. Man könne sich sogar eine entsprechende „Einigung“ noch vor der Landtagswahl am 8. März 2026 vorstellen, wobei dies natürlich vom Ausgang der Tarifverhandlungen – letzte Verhandlungsrunde Anfang Februar 2026 geplant – abhängig sei.

Auch bei der Beibehaltung der Freistellungsumfänge von Personalräten herrschte große Einigkeit. SPD-Fraktionschef Stoch bezeichnete sie als „Herzensangelegenheit“, CDU und FDP betonten die Notwendigkeit enger Abstimmung mit dem BBW. Die zuvor insbesondere durch Manuel Hagel CDU ins Spiel gebrachte mögliche Re-

duzierung der Freistellungen schien nicht mehr so in Planung zu sein.

In der anschließenden Diskussion stellten Delegierte kritische Fragen zu Themen von Bildung über Barrierefreiheit bis hin zu Digitalisierungsdefiziten – humorvoll kommentiert durch Rülkes Hinweis auf weiterhin genutzte Faxgeräte.

Zum Abschluss machte BBW-Vize Joachim Lautensack deutlich, dass die Gewerkschaft in den kommenden Monaten sehr genau hinhören werde. Rosenberger zeigte sich zwar optimistisch angesichts neuer Zusagen, mahnte jedoch unmissverständlich: „Es nützt nichts, wenn Zusagen nur im Koalitionsvertrag stehen – sie müssen endlich umgesetzt werden.“

Bericht: Michael Schwarz



Die BSBD-Delegierten mit dem BBW-Vorsitzenden Rosenberger

Auf Bundesebene im Austausch

Michael Schwarz und Lars Rinklin vertreten den Landesverband Baden-Württemberg beim BSBD-Ländertreffen 2025

Im jährlichen Turnus treffen sich Vertreter der Landesverbände zum Erfahrungsaustausch. Gastgeber war dieses Jahr der Landesverband Niedersachsen vom 11. bis 14. November 2025 in dem beschaulichen Örtchen Achim. Ebenfalls eingeladen war natürlich der BSBD-Bundesverband.

Ziel der Veranstaltung ist der enge Erfahrungsaustausch zwischen den einzelnen Vertretern aus den Bundesländern. Bereits am Abend begann die Abarbeitung der umfangreichen Tagesordnung mit den ersten Berichten aus den Ländern, nachdem der Bundesvorsitzende René Müller und der Vorsitzende des Gastgeberlandes Oliver Mageney die Anwesenden begrüßten.

Kollege Winfried Conrad als BSBD-Bundesseminarleiter durfte am zweiten Tag die Abteilungsleiterin des Justizvollzugs im Justizministerium Niedersachsen Frau Dr. Stephanie Springer begrüßen. Frau Dr. Springer zeigte die aktuelle Situation im dortigen Justizvollzug auf. Schon hierbei war klar, dass die Probleme in den anderen Landesverbänden „mehr oder weniger“ gleich gelagert sind. Was sich dabei und bei den weiteren Vorträgen der Landesverbände im Anschluss herauskristallisierte, sind die verschiedenen Problembewältigungs-

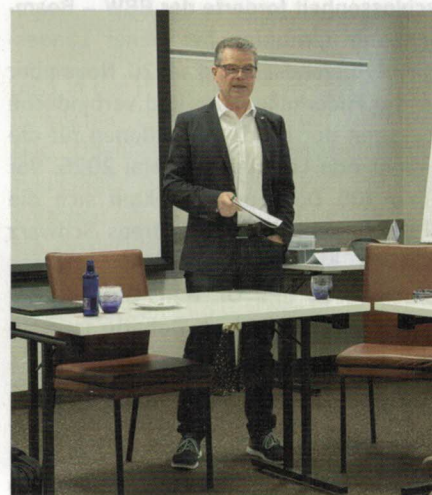


v.l.: Michael Schwarz, René Müller, Lars Rinklin

strategien bzw. Ansätze und Planungen durch die Ministerien.

Einen Eindruck über den aktuellen Stand in Baden-Württemberg gab Michael Schwarz als Landesvorsitzender, unterstützt durch seinen ersten Stellvertreter Lars Rinklin. Da der „badisch-schwäbische“ Justizvollzug in vielen Gebieten relativ gut aufgestellt ist, waren die Anfragen im Anschluss bzw. die Gespräche am Abend sehr zahlreich.

Am vierten Tag wurde ausgiebig über Mitarbeitergewinnung „heute“ aber auch „morgen“ diskutiert. Die Vielzahl an Medien sind ein nützliches Werkzeug, um das Interesse am Justizvollzug zu wecken.



Landesvorsitzender Michael Schwarz

Als weiteres großes Thema wurde unter dem Thema „Alte Zöpfen weg?“ u.a. die Beurteilung im Justizvollzug diskutiert. Auch hier gab es verschiedene Positionen, wobei man sich über die Wichtigkeit der persönlichen Personalgespräche einig war.

In weiterer Diskussion wurde die aktuelle finanzielle Lage der Bundesländer in Bezug auf die anstehende Tarifverhandlung, die Zukunft des Beamtentums und die Versorgung der aktuellen, sowie zukünftigen Versorgungsempfänger besprochen.

„Eine sehr informative und konstruktive Veranstaltung. Uns wurden viele neue Einblicke in die bundesweite Gewerkschaftsarbeit aufgezeigt, die insbesondere auch für die eigenen Arbeit des BSBD Baden-Württemberg wichtig sein können“ so das Fazit des Landesvorsitzenden Michael Schwarz.

Bericht: Lars Rinklin



Mitglied sein zahlt sich aus – wortwörtlich

Die folgende Rückmeldung zur letzten Informationsveranstaltung des BSBD für pensionsnahe Jahrgänge und lebensältere Bedienstete zeigt einmal mehr, warum man beim BSBD Mitglied sein und bleiben sollte

Ralf Christ aus Mannheim schrieb dem Landesverband folgendes:

Hallo liebes BSBD-Team,

auch wenn es schon ein paar Monate zurück liegt, möchte ich auf diesem Weg mein Feedback zur Tagung für pensionsnahe Jahrgänge vom 05. Juni in Herrenberg loswerden. Ich kann gar nicht sagen, wie dankbar ich um die wertvollen Informationen bin, die mir dieser Tag gebracht hat! Insbesondere die Einzelberatung durch Frau Schork hat meine weitere Lebensplanung buchstäblich auf ein anderes Level gehoben. Ich hätte mich vorher längst schon selbst darum kümmern müssen, dass das LBV meine künftige Versorgung auf den zutreffenden Grundlagen berechnen kann. Nun habe ich die Ratschläge von Frau Schork befolgt und meine Unterlagen bei meiner Personalstelle und dem LBV geprüft und entsprechend korrigieren lassen. Heute habe ich die aktuelle Versorgungsauskunft vom LBV erhalten und stelle einen monatlichen Mehrbetrag von über 300 Euro fest! Alleine dafür hat sich meine langjährige Mitgliedschaft beim BSBD schon gelohnt und ich werde euch mit Sicherheit über den aktiven Dienst hinaus erhalten bleiben.

Viele liebe Grüße

*Ralf Christ
Mannheim*

Der BSBD dankt für die Treue und die Wertschätzung, lieber Ralf Christ!

Mitglied in einer Gewerkschaft wie dem BSBD zu sein bedeutet: Vertrauen und Sicherheit in einer starken und solidarischen Gemeinschaft!

Tipp: Die nächste Tagung für pensionsnahe Jahrgänge ist für den 2. Juni 2027 ebenfalls in Herrenberg-Gültstein geplant. ■

Eine wichtige Säule der Interessenvertretung der Beschäftigten

Personalrätekonzferenz NORD des BSBD in Adelsheim

Am 11.11.2025 fand in der JVA Adelsheim die BSBD-Regionalkonferenz der Personalräte statt. Die Veranstaltung bot den Teilnehmenden die Möglichkeit, sich intensiv über aktuelle Entwicklungen im Justizvollzug auszutauschen und sich fachlich zu vernetzen.

Schwerpunkte der Konferenz lagen auf den derzeitigen Baumaßnahmen, der Personalausstattung, sowie Personalgewinnung und -bindung. Die Personalrätinnen und Personalräte gaben hierzu Einblicke in ihre jeweilige Anstalt.

Darüber hinaus stand der Austausch unter den Kolleginnen und Kollegen im Vordergrund. Die Teilnehmenden nutzten die Gelegenheit, Erfahrungen, Best-Practice-Beispiele und aktuelle Herausforderungen aus ihren Anstalten zu teilen. Dieser direkte Di-



alog stärkt die Zusammenarbeit innerhalb der Region und trägt zur Weiterentwicklung der Personalvertretungsarbeit bei.

Ein weiterer Programmpunkt war eine Führung durch die JVA Adelsheim, bei der die Teilnehmenden Einblicke in die Abläufe, Strukturen und Besonderheiten der Anstalt erhielten. Dies bot wertvolle Perspektiven für die Arbeit der Personalräte und unterstützte die praxisnahe Diskussion zu Personal- und Organisationsfragen.

Die Konferenz verdeutlichte erneut, wie wichtig der regelmäßige Austausch und die Vernetzung zwischen den Personalräten sind, um gemeinsame Lösungen zu entwickeln, aktuelle Fragestellungen zu bearbeiten und die Interessen der Belegschaft wirksam zu vertreten.

Genau dafür bietet der BSBD die Plattform.

Bericht: Kai Kretschmer



Nachruf für Peter Zielinski

Mit tiefem Bedauern und großer Trauer nehmen der BSBD-Landesverband Baden-Württemberg und der BSBD-Bund Abschied von Peter Zielinski, der am 8. November 2025 im Alter von 70 Jahren verstorben ist.

Peter Zielinski war nicht nur ein langjähriger Freund und Wegbegleiter, sondern auch ein Experte im Bereich des Justizvollzugs, dessen Wissen und Engagement uns alle nachhaltig geprägt haben. Seine berufliche Laufbahn begann in der Justizvollzugsanstalt Mannheim, wo er seine Ausbildung zum Justizvollzugsbeamten absolvierte. Nach einem Laufbahnwechsel und dem erfolgreichen Studium zum Rechtspfleger fand er schließlich seine berufliche Heimat in der Justizvollzugsanstalt Freiburg, wo er als Verwaltungsleiter bis zum Ende seiner aktiven Laufbahn tätig war. Peter Zielinski war ein Verwaltungsexperte, dessen beeindruckende berufliche Leistung sich in jeder Phase seiner Karriere widerspiegelte und durch die erfolgreiche Qualifikation zum höheren Verwaltungsdienst seinen Höhepunkt fand. In seiner Freizeit war Peter gerne draußen in der freien Natur. Seine Liebe zur Natur fand Ausdruck im Wandern und Camping, die Schönheit der Landschaft hielt er in beeindruckenden Fotografien fest. Das Fotografieren war eine seiner großen Leidenschaften, die er in seiner Freizeit intensiv pflegte.

Wie bei seinen Hobbys, verlor er auch im Dienst und gewerkschaftlich nie seinen Fokus und den Blick auf das Wesentliche. Im BSBD engagierte sich Peter Zielinski über viele Jahre hinweg mit großer Hingabe. Zehn Jahre lang arbeitete er für den BSBD-Bund, in der Redaktion unseres Gewerkschaftsmagazins „DER VOLLZUGSDIENST“, bevor er 2012 beim Delegiertentag in Schwäbisch Gmünd in den Landesvorstandsvorstand und zum stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt wurde. Dieses Amt übte er bis zum Delegiertentag 2022 in Karlsruhe aus. In all dieser Zeit zeichnete sich Peter durch seine Hilfsbereitschaft, seine Leidenschaft und seine Klarheit in der Einschätzung von Sachverhalten aus. Seine fundierten Analysen und wertvollen Beiträge leisteten einen entscheidenden Beitrag zur Arbeit des BSBD und der Weiterentwicklung des Justizvollzugs.

Peter Zielinski wird uns als ein Mensch fehlen, dessen Wissen, seine unermüdliche Unterstützung und seine aufrichtige Art uns stets bereichert haben. Der BSBD-Landesverband Baden-Württemberg und der BSBD-Bund werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren und ihn als Freund und Wegbegleiter in Erinnerung behalten und immer wieder gerne an ihn denken.

Für den BSBD BW
Michael Schwarz
Landesvorsitzender

Für den BSBD BUND
Rene Müller
Bundesvorsitzender



Foto: BSBD BW

Gastbeitrag des Landesvorsitzenden

BSBD-Landesvorsitzender Michael Schwarz hat einen Gastbeitrag zur Situation des Vollzugs und insbesondere der Vollzugsbediensteten für die Badischen Neuesten Nachrichten (BNN) verfasst, der am 22.11.25 in der Zeitung in erschienen ist.

Sein Appell an die Leser und Leserinnen: Nicht wegsehen. Was hinter Gefängnismauern geschieht, geht uns alle an.

GASTBEITRAG

Hinter Mauern am Limit – der Strafvollzug kämpft mit großen Herausforderungen

Der Bund der Strafvollzugsbediensteten sieht den Justizvollzug am Anschlag

Wenn sich die schweren Türen einer Justizvollzugsanstalt (JVA) schließen, bleibt die Welt draußen still. Drinnen aber läuft 24/7 der Alltag – verantwortungsvoll, fordernd und nicht selten am Rand des Leistbaren. Während die Zahl der Inhaftierten in den vergangenen Jahren gestiegen ist, fehlt es an Personal, Platz und psychologischer Betreuung. Die Folgen spüren nicht nur die Gefangenen, sondern vor allem jene, die tagtäglich für Sicherheit und Resozialisierung sorgen sollen: die Bediensteten im Vollzug.

Seit Jahren fehlen in den Justizvollzugsanstalten Hunderte Bedienstete. Schichtdienst, kurzfristige Krankheitsausfälle und immer komplexere Aufgaben führen dazu, dass viele Beschäftigte immer öfter auch an ihre Grenzen stoßen. Wir sind keine Aufseher! Wir stehen für einen Behandlungsvollzug und wollen unseren gesetzlichen Auftrag erfüllen. Selbstverständlich sorgen wir täglich für Sicherheit, sind aber auch Betreuer, Vermittler und Krisenmanager, kurzum Allrounder mit viel Toleranz und Empathie. Doch die Zeit für den einzelnen Menschen fehlt oft. Der Vollzugsdienst zählt heute zu den forderndsten Berufen im öffentlichen Dienst. Die Zahl der Gefangenen steigt, die Aufgaben wachsen – aber die Personaldecke bleibt dünn. Mehr Belastung bedeutet weniger Zeit und somit weniger Resozialisierungschancen, denn bei der Sicherheit können wir keine Abstriche machen.

Psychisch auffällige Gefangene – das stille Risiko: Ihr Anteil nimmt stetig zu. Viele leiden unter Depressionen, Psychosen oder Suchterkrankungen. Therapieplätze sind knapp, psychologisches Fachpersonal ebenso. So landen viele psychisch Kranke im Regelvollzug, wo weder die räumlichen noch die personellen Voraussetzungen für eine angemessene Betreuung bestehen. Besonders deutlich wird die Belastung im Umgang mit psychisch auffälligen Inhaftierten beim ganz „normalen“ Tagesablauf. Wenn aggressive oder schizophrene Ausbrüche, Selbstverletzungen und teils komplett verunreinigte Zellen mehr Zeit für den Einzelnen in Anspruch nehmen, als man eigentlich für alle bis zu 55 Gefangenen auf der Abteilung zur Verfügung hätte.

Für die Bediensteten bedeutet das ständige Herausforderungen und Kriseninterventionen zwischen dem Kranken und anderen Gefangenen. Für die Mitgefangenen bedeutet dies eine zusätzliche Belastung zu ihrer Inhaftierung. Der Strafvollzug ist längst auch Gesundheitsarbeit – doch dafür fehlen die Strukturen.

Hinzu kommt, dass viele Haftanstalten voll sind. Von einer voll belegten Anstalt spricht man, wenn 90 Prozent der Belegungskapazität erreicht sind. Die restlichen Prozente brauchen sie, um variieren zu können, etwa wenn es Streit unter Gefangenen gibt oder sie aus Gründen, die in der Tat liegen, Gefangene vor anderen Gefangenen schützen müssen. Fehlen ihnen diese Haftplätze, verschärft dies die Lage.

Es kommt zur Überbelegung. Zellen, die beispielsweise für eine Person vorgesehen sind, werden doppelt belegt – dabei muss der Bedienstete viele Dinge im Auge behalten, denn die Chemie auf der Zelle muss stimmen, um nicht einen neuen Krisenherd zu schaffen.

Überbelegung erzeugt Stress und erhöht die Gefahr von Gewalt. Unter solchen Bedingungen wird auch Resozialisierung schwieriger – mit entsprechenden Folgen nach der Entlassung. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Justizvollzug tragen unter diesen Umständen enorme Verantwortung. Sie sind das Rückgrat eines Sys-

tems, das zwischen Sicherheit und Menschlichkeit balanciert. Sie tun dies mit großem Engagement – und das mit beeindruckender Professionalität. Daran ändern auch einige wenige mutmaßliche schwarze Schafe nichts.

Gleichzeitig ist anerkennenswert, dass die Landesregierung den Ernst der Lage erkannt hat. Dies seit zwei Legislaturperioden – beginnend mit dem damaligen Justizminister Guido Wolf und fortgeführt von seiner Nachfolgerin Justizministerin Marion Gentges, die in dieser Legislaturperiode 400 Stellen, davon zuletzt wieder 144, im uniformierten Vollzugsdienst geschaffen hat. Diese Unterstützung durch das Justizministerium ist klar erkennbar, ebenso die digitalen Verbesserungen wie etwa Videodolmetscher und die Telemedizin. Dies sind wichtige Signale an die Beschäftigten.

Trotzdem bleibt die Herausforderung groß: Im bundesweiten Vergleich liegt Baden-Württemberg beim Verhältnis von Bediensteten zu Gefangenen weiterhin auf dem letzten Platz. Während andere Länder personell besser ausgestattet sind, arbeiten die baden-württembergischen Vollzugsbediensteten unter beson-

”

Überbelegung erzeugt Stress und erhöht die Gefahr von Gewalt.

Michael Schwarz

Landesvorsitzender BDSB



Michael Schwarz

ist Landesvorsitzender des Bundes der Strafvollzugsbediensteten (BSBD) in Baden-Württemberg. Er führt die Organisation, die zum Deutschen Beamtenbund gehört, seit 2022. Sie ist die größte gewerkschaftliche Organisation der Beschäftigten im Justizvollzug im Land.

Foto: Michael Schwarz

ders schwierigen Bedingungen – und leisten dabei tagtäglich hervorragende Arbeit. In puncto Qualität und Professionalität gehören sie zur Spitze, doch bei der Personalausstattung nicht einmal ins Mittelfeld.

Das Fazit ist: Nicht wegsehen. Was hinter Gefängnismauern geschieht, geht uns alle an. Ein funktionierender Strafvollzug ist Voraussetzung für Sicherheit und Resozialisierung. Wer hier spart, gefährdet beides – die Zukunft der Gefangenen und die Gesundheit der Bediensteten.

Baden-Württemberg braucht weiterhin gezielte Investitionen in ausreichend Personal. Dies ist eine nachhaltige Strategie zur Entlastung. Denn ein erfolgreicher Behandlungsvollzug ist der beste Rückfallschutz, damit Menschen nicht wieder straffällig werden. Ein überlasteter Strafvollzug kann seine Aufgabe nicht erfüllen – und das ist ein Risiko, das sich unsere Gesellschaft nicht leisten kann.

Arbeitstagung des Regierungsbezirksverbandes Stuttgart des BBW BSBD durch den Stuttgarter Ortsverbandsvorsitzenden Max Burkhard vertreten

Am 25.11.2025 fand im Schlemmertöpfle in Esslingen-Mettingen die diesjährige Arbeitssitzung des BBW Regierungsbezirksverbands (RBV) Stuttgart statt. In diesem Jahr wurde der BSBD BW durch den Ortsverbandsvorsitzenden Max Burkhard aus Stuttgart vertreten.

Der BBW ist in sogenannten Regierungsbezirksverbänden organisiert, die sich im Wesentlichen an den regionalen Zuschnitt der Regierungsbezirke anlehnen. Es gibt also die RBV Stuttgart, Tübingen, Freiburg und Karlsruhe. Bei den jährlichen Sitzungen der RBV ist der BSBD jeweils mit Sitz und Stimme durch Funktionäre aus dem Bereich der jeweiligen RBV vertreten.

Eröffnet wurde der Tag mit einer kurzen Begrüßung durch unseren RBV-Vorsitzenden Manfred Ripberger. Anschließend berichtete der stellvertretende BBW-Vorsitzende Joachim Lautensack über aktuelle Themen. Dabei wurden unter anderem die amtsan-gemessene Alimentation, sowie die bevorstehenden, mit großer Spannung erwarteten Tarifverhandlungen angesprochen.

Diese Tarifverhandlungen zum TVL-L werden die Grundlage für Besoldungs- und Versorgungsanpassungen bei der Landesbeamtenschaft und den Versorgungsempfängern sein, wobei die Übertragung des Tarifiergebnisses immer zuerst noch durch den Landtag beschlossen werden muss.

Der BBW hob eindringlich hervor, dass die Beamten und Beschäftigten im öffentlichen Dienst in besonderem Maße zur Stabilität, Sicherheit und Funktionsfähigkeit des Staates beitragen. Unser Engagement, unsere Integrität und unsere tägliche Arbeit bilden die Grundlage dafür, dass staatliche Prozesse verlässlich ablaufen und demokratische Strukturen dauerhaft bestehen können.

Nach dem informativen Austausch am Vormittag bot das anschließende gemeinsame Mittagessen die Gelegenheit, die Gespräche in ruhiger Atmosphäre fortzuführen. Dabei fand ein reger und konstruktiver Austausch zwischen den Gewerkschaften statt. Zum Abschluss folgte durch das Landratsamt Esslingen ein Vortrag zum Thema „Bevölkerungsschutz bei Katastrophen und besonderen Krisenlagen“, der eindrucks-



v.l. Michael Lutz (BBW-Geschäftsführer), Max Burkhard (BSBD-OV-Vorsitzender), Manfred Ripberger (RBV-Vorsitzender)

voll aufzeigte, wie wichtig eine gute Vorbereitung auf außergewöhnliche Vorkommnisse ist.

Bericht: Max Burkhard

Gemeinschaft wird geschätzt und gefördert Jahreshauptversammlung 2025 des Ortsverbands Karlsruhe

Am 27.11.25 wurde die Jahreshauptversammlung des Ortsverbands Karlsruhe in der Kantine der JVA Karlsruhe abgehalten. BSBD-Landesvorsitzender Michael Schwarz konnte leider nicht vor Ort sein, aber ließ alle Anwesenden herzlich grüßen.

Nachdem der Tagesordnungspunkt „Kasse“ abgearbeitet war, wurde über die letzte Bildungsfahrt nach Frankfurt ausführlich gesprochen, was eine herausragende Ideen-sammlung für das Jahr 2026 anregte.

Die „WhatsApp Community“, die als Ergänzung zur E-Mail-Info eingerichtet wurde, war

ebenfalls Thema und wurde sehr positiv angenommen.

Natürlich durften auch die Jubilare nicht zu kurz kommen.

Persönlich gefeiert werden konnten 25 Jahre Mitgliedschaft mit Oliver Seiber.

In Abwesenheit gratuliere man:
Wilhelm Doll – 40 Jahre
Michael Wenk – 25 Jahre
Philipp Postweiler – 25 Jahre

Im Anschluss ließen die Anwesenden den Abend bei gutem Essen gemütlich ausklingen.

Bericht: Uwe Haubold



v. l.: Oliver Seiber, Uwe Haubold

Ortsverband Schwäbisch Gmünd versüßt seinen Mitgliedern die Vorweihnachtszeit

Auch 2025 stand den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der JVA Schwäbisch Gmünd eine besondere Adventszeit bevor.

Los ging es mit dem BSBD-Adventskalender.

Ab dem 01. Dezember wurde bereits zum zweiten Mal die Vorweihnachtszeit durch eine ganz besondere Los-Aktion versüßt. Täglich zog der kleine Nic (Name geändert), der derzeit in der Mutter-Kind-Abteilung lebt, einen Namen aus dem Lostopf. Der oder die Glückliche wurde sodann per Mail bekannt gegeben und durfte sich über eine Aufmerksamkeit des Ortsverbands freuen. Von einem Gutschein für den Baumarkt, die Drogerie bis hin zu verschiedenen Gutscheinen für Speiselokale gab es für jeden Glückspilz etwas passendes. Viele Kolleginnen und Kollegen warteten täglich ganz gespannt auf die Mitteilung, wer bzw. mit wem man sich heute freuen darf.

Diese schöne Tradition möchte der Ortsverband Schwäbisch Gmünd auch in diesem Jahr fortführen.

Am 18. Dezember lud der Ortsverband Schwäbisch Gmünd seine Mitglieder außerdem traditionsgemäß zu einem gemütlichen Beisammensein auf den Gmünder Weihnachtsmarkt ein. Ab 17 Uhr versammelten sich die Mitglieder im Weinhaus Rieg in der Alphütte, um gemeinsam ein paar schöne und entspannte Stunden zu verbringen.

In geselliger Atmosphäre, bei anregenden Gesprächen und bester Stimmung, konnte der Alltag für eine Weile in den Hintergrund rücken. Für das leibliche Wohl war ebenfalls bestens gesorgt: In der Alphütte Rieg wurden Getränke kostenfrei angeboten, ergänzt durch ein zünftiges Essen am Essensstand Hafner.

Wie bereits in den vergangenen Jahren war die Veranstaltung erneut ein voller Erfolg und wurde von den Mitgliedern zahlreich und gerne angenommen. Der Ortsverbandsvorsitzende Dirk Honigmann bedankte sich herzlich bei allen Anwesenden, insbesondere bei seinem Stellvertreter Sascha Geiger und dem Kassierer Volker Seifried für ihre tatkräftige Unterstützung und ihr hohes Engagement.



Der Ortsverband Schwäbisch Gmünd blickt auf einen rundum gelungenen Abend zurück und freut sich bereits auf dieses Jahr in der Hoffnung, erneut viele Mitglieder begrüßen zu dürfen.

Bericht: Dirk Honigmann

Fotos (2): Ortsverband Gmünd



Es gab eine Menge zu berichten...

Mitgliederversammlung 2025 des Ortsverbandes Adelsheim

Am 15. Oktober 2025 fand die diesjährige Mitgliederversammlung des BSBD-Ortsverbandes Adelsheim in der Kantine der Justizvollzugsanstalt statt. Leider konnte die Vorsitzende Elena Barié die Sitzung nicht leiten, da sie krankheitsbedingt nicht kommen konnte.

Daher musste der stellv. Vorsitzende Jens Sayer die Leitung kurzfristig übernehmen. Er konnte zahlreiche Mitglieder begrüßen. Auch der stellvertretende Landesvorsitzende Lars Rinklin war gekommen.

Jens Sayer blickte auf das vergangene Jahr zurück und informierte über die Aktivitäten des Ortsverbands. Er hob das Engagement der Mitglieder und die gute Zusammenarbeit im Verband hervor.

Im Anschluss berichtete Lars Rinklin, erster stellvertretender Landesvorsitzender des BSBD Baden-Württemberg, über Aktuelles aus dem Landesverband. Er informierte über die derzeitigen Themen auf Landesebene, darunter die anstehenden Tarifverhandlungen, strukturelle Entwicklungen, sowie die fortschreitende Digitalisierung im Justizvollzug. Dabei betonte er die Wichtigkeit des gegenseitigen Austauschs zwischen Ortsverbands- und Landesverbands-ebene.

Es folgte der Kassenbericht des bisherigen Kassiers Sebastian Fuchs. In diesem wurden die Einnahmen und Ausgaben des vergangenen Jahres transparent dargestellt. Die Kassenprüfer bescheinigten eine ordnungsgemäße und nachvollziehbare Kas-senführung, woraufhin die Entlastung des Vorstands einstimmig erfolgte.

Anschließend standen die Neuwahlen auf der Tagesordnung.

Zum neuen Kassier wurde Swen Speth einstimmig gewählt. Auch wurden zwei neue Kassenprüferinnen gewählt. Mit Marion Kirchhoff und Diana Köpfle konnten zwei erfahrene Kolleginnen für dieses Amt gewonnen werden. Ebenso wurde die Position des Fachgruppenvertreters Tarif besetzt. Alexander Fritz übernimmt künftig diese wichtige Funktion und wird die Interessen der tarifbeschäftigten Kolleginnen und Kollegen vertreten.

Herzlichen Glückwunsch allen neugewählten Kolleginnen und Kollegen und gutes Gelingen beim Ausüben ihres Amtes im Ortsverband Adelsheim.

Ein besonderer Höhepunkt der Versammlung waren die Ehrungen für langjährige Mitglieder. Der stellv. Vorsitzende dankte den Jubilaren für ihre Treue, Verbundenheit und Engagement zur Stärkung der gewerkschaftlichen Gemeinschaft.

Geehrt wurden namentlich:

Für 50 Jahre

- Günter Clauß
- Wilfried Heinrich
- Edgar Schwab
- Reinhold Wörner

Für 40 Jahre

- Johannes Hendel

Für 25 Jahre

- Steffen Griebbaum
- Werner Schmiege
- Ditmar Göbel
- Thomas Miltz

Gratulation an alle geehrten Mitglieder und auf weiterhin gute Treue zum BSBD.

Mit einem Dank an alle Anwesenden für ihr Kommen und ihre aktive Unterstützung schloss der stellv. Vorsitzende Sayer die Sitzung.

Der gemütliche Abschluss der Mitgliederversammlung ergab sich bei Kaffee und Kuchen und bot genügend Zeit für den Austausch und Gespräche unter Kollegen.

Der BSBD-Ortsverband Adelsheim blickt auf eine erfolgreiche Mitgliederversammlung zurück und startet gestärkt in die kommenden Aufgaben.

Bericht: Kai Kretschmer



v.l.: Sayer, Hendel, Wörner, Heinrich, Rinklin

Frauenpower auch außerhalb des Dienstes ist angesagt

Gemeinsam auf Rätseljagd – Kolleginnen erleben Escape-Abenteuer in Heilbronn

Ein unterhaltsamer Ausflug von weiblichen Bediensteten der verschiedenen Fachbereiche der JVA Adelsheim nach Heilbronn startete am 07.11.2025 um 14:30 Uhr an der Justizvollzugsanstalt. Fahrgemeinschaften wurden gebildet und nach Ankunft in Heilbronn genossen die Kolleginnen leckeren, alkoholfreien Glühwein und süßes Naschwerk, welches vom hiesigen Kantinenverein gesponsert wurde.

Im Escape-Room „Exodus“ begann die erste Gruppe mit der Schatzsuche bei „Kapitän Flynn“ auf seinem Piratenschiff Poseidon. Wenige Minuten später befand sich die zweite Gruppe auf der Suche nach einem Heilmittel im „Zombielabor“. Die kniffligen Rätsel mussten als Team möglichst schnell gelöst werden. Die Kolleginnen Heide- mann, Lenz, Fritsche, Holzmann, Reichardt, Hess, Kirchhoff, Lüth, Kunkel, Kilian und Sachs waren mit viel Spaß und Ehrgeiz bei der Sache. Der Pirat Flynn protestierte, als seine Eingeweide eingehend untersucht wurden. Die Gruppe im Labor wurde um Rücksichtnahme gebeten, als Teilnehmerinnen die Leiche zerteilten. Beide Missionen waren ein voller Erfolg. Der Schatz des Piraten Flynn wurde schnell gefunden, und auch das Heilmittel gegen die Zombiapokalypse durch Frauenpower rechtzeitig entdeckt.



Abgerundet wurde der spannende Nachmittag mit einem gemeinsamen Essen in geselliger Runde im K 3 bei „Yedo Sushi“, was Raum für persönliche und ungezwungene Gespräche bot.

Alle elf Teilnehmerinnen möchten sich an dieser Stelle ganz herzlich beim BSBD Ortsverband Adelsheim und dem Kantinenverein Justizvollzugsanstalt Adelsheim für die freundliche Unterstützung bedanken.

Bericht: Ulrike Sachs



Mehr
Informationen:
www.bsbd.de